



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 22.09.2017:

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, dan-news, lug-info sowie ria.ru
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“*

Lug-info.com: Pressekonferenz des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen, des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego über die Kontaktgruppensitzung am 20. September (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Untergruppe zur Sicherheit

Beim Bericht über die Situation bei der Kontaktgruppe hat Herr Apakan deutlich erklärt, dass die zweite Kamera der OSZE im Gebiet von Staniza Luganskaja funktioniert und keinerlei Verstöße feststellt. Der letzte Verstoß wurde am 22. August festgestellt.

In dieser gesamten Zeit von siebentägigen Zeiträumen der Waffenruhe hätte in jedem von dieser die Entscheidung über den Beginn der Trennung Kräften und Mitteln erfolgen können.

Es gibt derzeit keinerlei Hindernisse für eine Entscheidung über die Trennung von Kräften und Mitteln und alles hängt vom Willen der ukrainischen Seite ab, die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der Entscheidung vom 21. September 2016, heute genau vor einem Jahr, zu gewährleisten.

Was die Fragen der Sicherheit betrifft, gab es dort bestimmte Schwierigkeiten im Zusammenhang damit, dass die ukrainische Seite, die im Prinzip damit übereinstimmte, dass die Trennung von Kräften und Mitteln in Staniza Luganskaja abgeschlossen wird, nicht in der Lage war, zu dieser Norm irgendetwas Konkretes zu sagen.

Bei der letzten Sitzung wurde die Frage einer Kompromissvariante der Trennung von Kräften und Mitteln erörtert. Von uns wurden konkrete Vorschläge entsprechend dem Modell, das uns von der normannischen Ebene vorgeschlagen wurde, eingebracht – das ist eine zweistufige Trennung, wenn wir uns nicht vereinbaren können und diese Sache in einer Etappe durchführen, wie es in Solotoje und Petrowskoje war.

Beim letzten Treffen haben wir unseren Vorschlag mit Karten dargestellt, mit Koordinaten usw. Absolut alles wurde konkret vorgeschlagen: welche zwei Etappen, wie wir das für unsere Seite sehen, es wurden Schlüsselpositionen zum Herangehen an die zweistufige Organisation festgelegt und wir haben eine Antwort der ukrainischen Seite erwartet. Die ukrainische Seite ist darauf verfallen, einfach die normale Durchführung der Sitzung der Arbeitsgruppe zu blockieren, offensichtlich weil sie in dieser Frage ihren europäischen Partnern nicht ihren klaren Unwillen zeigen können und etwas anderes sagen können sie auch nicht.

Um Manipulationen von der ukrainischen Seite in der Frage der Beschüsse zu verhindern, wurde eine Videokamera der OSZE-Mission auf unserer Seite aufgebaut. Auf der ukrainischen Seite wurde schon vor recht langem eine Kamera installiert und deren Informationen kommen regelmäßig in den OSZE-Berichten zum Ausdruck.

Dennoch beschuldigt die ukrainische Seite irgendwie die OSZE-Mission der Verzerrungen und versichert allen, dass diese Kamera nicht funktioniert, obwohl auch wir sehen, dass diese Kamera installiert ist und funktioniert und die OSZE-Mission berichtet, dass diese Kamera funktioniert und

keinerlei Verstöße festgestellt werden.

Mit seinen Handlungen hat Kiew praktisch die OSZE-Mission der Lüge bezichtigt, nicht nur im Zusammenhang mit der Funktion der Videokameras bei Staniza Luganskaja, sondern auch in anderen Fragen, die mit der Trennung von Kräften und Mitteln verbunden sind.

Herr Hug hat vier Abschnitte veröffentlicht, die er für abgestimmt hält. Wir sind bereit, all diese vier Abschnitte zu behandeln.

Die Ukraine erklärt, dass es keinerlei Vereinbarung über vier Abschnitte von ihrer Seite gab und sie wenden sich kategorisch gegen diese Einschätzung von Herrn Hug.

Herr Hug hat offensichtlich Gründe dafür, davon zu sprechen, dass es eine Vereinbarungen zu diesen Abschnitten gibt. Eher liegt das Problem darin, dass die Vertreter der Ukraine in der Untergruppe zur Sicherheit wieder nicht über die Information verfügen, über die Herr Hug in dieser Frage verfügt.

Wir bestehen darauf, dass zu den Abschnitten, die Herr Hug vorschlug, noch der Abschnitt bei Schirokino hinzukommt, weil er sehr eng mit dem Teilstück Gnutowo verbunden ist und um später, nach dem Abschluss der Trennung Kräften und Mitteln in Staniza Luganskaja, zur Erörterung der perspektivischen Abschnitte zurückzukommen. Und in der nächsten, der zweiten Etappe genau diese fünf Abschnitte zu vereinbaren.

Die DVR hat im Juli 2015 einseitig ihre Einheiten aus Schirokino abgezogen, um in diesem Gebiet eine demilitarisierte Zone zu schaffen, in die dann mehrfach die Kiewer Truppen vorgedrungen sind.

Humanitäre Untergruppe

Im Rahmen der humanitären Untergruppe wurden Fragen der Eröffnung zusätzlicher Passierpunkte erörtert. Der Passierpunkt in Staniza Luganskaja befriedigt in gewisser Weise die Bedürfnisse derer, die die Abgrenzungslinie zu Fuß passieren. Aber die, die Fahrzeuge verwenden, sind gezwungen einen recht großen Umweg zu machen, um die Abgrenzungslinie zu passieren. Das gilt auch für die Lieferung humanitärer Güter von internationalen Organisationen.

Zur Lösung dieses Problems haben wir der ukrainischen Seite einen Vorschlag zur Eröffnung eines Passierpunkts an der Brücke in Stschastje geschickt. Die Frage wurde sehr früh erörtert, jetzt sind wir schon zu konkreten Dingen gekommen, haben unsere Sicht einer schrittweisen Einführung dieses Passierpunkts festgelegt.

Unsere Vorschläge wurden vom Koordinator der humanitären Gruppe Toni Frisch hoch eingeschätzt und haben eine recht optimistische Bewertung vom Koordinator der Kontaktgruppe Herrn Sajdik erhalten.

Die LVR wartet jetzt auf die Behandlung dieser Vorschläge durch die ukrainische Seite.

Sie reden systematisch davon, dass wir alle Versuche der Eröffnung eines Passierpunkts blockieren. Aber wie kann die Eröffnung eines Passierpunkts vereinbart werden, wenn man nichts Konkretes in der Hand hat? Jetzt haben wir der ukrainischen Seite gezeigt, wie wir die Organisation der Zusammenarbeit in dieser Frage sehen.

Wir sind bereit, auch Solotoje als perspektivische Richtung zur Eröffnung eines Passierpunkts zu behandeln. Aber dazu muss die Ukraine etwas Konkretes sagen und nicht leere Deklarationen in der Luft: „Wir wollen das in Solotoje!“. Alles, was wir in dieser Zeit gehört haben, hat sich ungefähr so angehört, nichts Konkretes.

Jetzt hoffen wir darauf, dass die Ukraine an unserem Beispiel entgegenkommende Vorschläge aufbauen kann. Wir werden sie natürlich in kürzester Zeit behandeln.

Die Eröffnung eines Passierpunkts im Gebiet von Stschastje wird von allen humanitären Organisationen, die auf dem Territorium der LVR aktiv sind, unterstützt.

Der Vorschlag wurde auch von der militärisch-zivilen Administration des Lugansker Oblast unterstützt, was für mich etwas unerwartet war. Auch von ihrer Seite gibt es Unterstützung in der Frage der Eröffnung eines Passierpunkts in Stschastje.

Deshalb hoffe ich, dass die Frage positiv und ohne Verzögerungen gelöst werden wird.

Die Probleme des Passierens der Abgrenzungslinie für humanitäre Lieferungen ist aktuell.

2015 haben wir mit einzelnen Vereinbarungen gearbeitet, für jeden einzelnen Fall haben wir das

Passieren der Abgrenzungslinie an dafür nicht geeigneten Orten abgestimmt. Leider endete einer dieser Fälle damit, dass die ukrainischen Einheiten die Kolonne mit humanitären Gütern, sechs Fahrzeuge der UNO, auf ein Minenfeld geschickt haben. Uns ist es durch ein Wunder gelungen, diese Kolonne zu stoppen, bevor sie auf Minen geriet und sie auf den normalen vorgesehenen Weg zurückzubringen.

Nach dem Vorfall haben die internationalen Organisation diese Praxis beendet und die Lieferungen über offizielle Passierpunkte abgewickelt. Um eine humanitäre Lieferung auf das Territorium der LVR zu bringen, müssen sie wieder einen großen Umweg fahren. Diese Lieferungen gehen über die Abgrenzungslinie im Verantwortungsbereich der DVR. Und wenn man berücksichtigt, dass sich, sagen wir, die Lager der IKRK in Sewerodonezk befinden, müssen sie einen großen Umweg fahren.

Politische Untergruppe

Die Gültigkeitsdauer des Gesetzes über einen besonderen Status nähert sich dem Ende, es bleiben nur drei Wochen Gültigkeit dieses Gesetzes. Der Leiter der Delegation der Ukraine in der Kontaktgruppe Leonid Danilowitsch Kutschma hat auf dem letzten Treffen in Minsk zugesagt, dass die Ukraine ihre Position zu dieser Frage vorstellen wird. Diese Position gab es nicht und gibt es nicht.

Entsprechend gibt es in dieser Frage keine Bewegung. Und die Situation ist so, dass es unmöglich ist, die politischen Schritte und die Schritte im Bereich der Sicherheit zu trennen.

Bei allem, dass in diesem Gesetz in seiner gültigen Fassung im Prinzip kein besonderer Status existiert, dort sind alle wesentlichen Paragraphen – vom 2. bis zum 8. - vollständig blockiert.

Dennoch existiert das Gesetz selbst, wenn auch nominell.

Derzeit ist es extrem wichtig, einen Mechanismus bezüglich seines unbefristeten Status festzulegen, weil gerade diese Norm und ihre Auffüllung mit dem materiellen Teil, der den besonderen Status entsprechend den Normen in den Zusätzen zu Punkt 11 des Maßnahmekomplexes festlegen muss, in den Minsker Vereinbarungen festgehalten ist.

In der ukrainischen Gesetzgebungspraxis ist eine Wiederaufnahme der Gültigkeit eines Gesetzes nicht vorgesehen, deshalb „wird der besondere Status in dem Teil, in dem er durch dieses Gesetz reguliert wird, verschwinden“.

Was heißt das? Die politischen Grundlagen der Situation, die sich jetzt an der Abgrenzungslinie entwickelt hat, stürzen zusammen. Und wenn die politischen Grundlagen zusammenstürzen, so wird es nicht mehr möglich sein, über irgendeine positive Dynamik, eine Entwicklung der Stabilisierung im militärischen Bereichen zu sprechen, deshalb verschlechtert sich die Situation dadurch, dass ein Untergraben der politischen Grundlagen der Minsker Vereinbarungen zweifellos sich in allen Aspekten, darunter auch dem militärischen, auswirken wird.

Ökonomische Untergruppe

Die ökonomische Untergruppe hat im für sie normalen Modus gearbeitet. Und dieser Modus war, das muss gesagt werden, sehr angespannt und sehr intensiv.

Im Vergleich mit dem Zeitraum, als wir einen vollständigen Stillstand in der ökonomischen Gruppen hatten – ein halbes Jahr hat sie nicht gearbeitet, so holt sie jetzt im Schlagtempo das auf, was versäumt wurde. Und jetzt zeigen sie real den anderen Untergruppen ein klares Beispiel zur Nachahmung, wie die Arbeit einer Untergruppe maximal effektiv organisiert werden kann.

Bei der Sitzung der ökonomischen Untergruppe am 20. September wurden etwa 10 Tagesordnungspunkte behandelt.

In normaler Art wurden viele einzelne Momente vereinbart, die in den Kompetenzbereich dieser Gruppe gehören. Das grundlegende Gebiet waren die Fragen der Wasserversorgung. Dort gibt es ein ganzes Spektrum von Fragen, angefangen von den Mechanismen zur Bezahlung des Wassers, das vom von Kiew kontrollierten Territorium in die LVR geliefert wird und endend mit Fragen der Gewährleistung der sicheren Nutzung von Wasserversorgungsobjekten auf dem Territorium der DVR, wie die Donezker Filterstation und die Pumpstation in Wasiljewka.

Die Schlüsselfrage für uns ist ein neuer Zahlmechanismus für das Wasser. Die Gelder werden in Beuteln über eine verminten Straße in die von Kiew kontrollierte Richtung gebracht. Solange es das Wetter erlaubt, kann das noch irgendwie gemacht werden. Die Minen können visuell

kontrolliert werden, es gibt Begleiter, die unsere Gruppe führen. Aber wenn Schnee liegt und die Minen bedeckt, wird niemand über das Minenfeld gehen.

Besonders Konstruktives gibt es von der ukrainischen Seite nicht, aber sie blockieren auch die Arbeit nicht.

Als gesonderte Frage wurden die Perspektiven der Abrechnung mit den Eisenbahnern erörtert, dort gibt es einen recht hohen Lohnrückstand. Bisher gibt es keine besonders positive Dynamik, aber es gibt eine Suche nach Mechanismen. Die Ukraine geht auf einige, sagen wir es so, Kompromisschritte in dieser Frage ein. Es gibt die Hoffnung, dass die Frage gelöst werden wird.